



Christoph Kaserer

Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten

Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie

ZUSAMMENFASSUNG EINER STUDIE FÜR DIE INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Von Christoph Kaserer, München, August 2010

VORWORT

Am 15. September vor zwei Jahren erlebten wir den Höhepunkt der weltweiten Banken- und Finanzkrise. Während die US-amerikanische Regierung die zwei halbstaatlichen Hypothekenfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae de facto verstaatlicht, muss das im Jahre 1850 von deutschen Auswanderern gegründete Finanzinstitut Lehman Brothers Insolvenz antrag stellen. Damit werden in allen Finanzmetropolen Banken und Anleger mit in den Strudel der Krise gerissen – der Finanzmarkt kann seine Aufgabe, die Wirtschaft mit Geld zu versorgen, nicht mehr erfüllen.



Hubertus Pellengahr

Ohne den Finanzmarkt kann eine moderne Volkswirtschaft aber nicht funktionieren. So werden auch in Deutschland die privaten Anleger und Sparer durch eine implizite Staatshaftung geschützt. Zudem bewahrt die Bundesregierung mit einem 480-Milliarden-Euro-Rettungsschirm den Bankensektor vor dem Zusammenbruch. Einige Banken erhalten Bürgschaften. Bei einigen Instituten wird der Staat zum Eigentümer.

In Deutschland ist der Staatsanteil im Bankensektor traditionell sowieso recht groß. Die Bankenrettungsmaßnahmen haben zu einer weiteren Erhöhung des staatlichen Anteils auf über 50 Prozent geführt. Nach Überwindung der Krise muss sich der Staat deshalb konsequent wieder zurückziehen. Denn die Finanzmarktkrise hat eindrucksvoll gezeigt: Ein staatlich dominierter Bankensektor birgt enorme finanzielle Risiken für die Steuerzahler. Der Staat muss den Finanzmarkt straff regeln und effizient kontrollieren. Aber er ist eben nicht der bessere Unternehmer und Banker. Das zeigen die Milliardenverluste vor allem bei den Landesbanken: 80 Prozent der direkten Kosten zur Stützung des Bankensektors sind den staatlich kontrollierten Finanzinstituten zuzuordnen. Es führt also kein Weg daran vorbei, dass sich Bund und Länder als Eigentümer und Bürgen aus dem Bankensektor zurückziehen.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unterstützt das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, die „Beteiligung des Staates an Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten“ zeitlich zu begrenzen und mit einer Ausstiegsstrategie zu beginnen. Mit der Einsetzung eines Expertenrates hat die Bundesregierung einen ersten und wichtigen Schritt unternommen. Um in dieser Debatte einen konstruktiven Beitrag zu leisten, haben wir Prof. Dr. Christoph Kaserer damit beauftragt, das Gutachten „Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten – Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie“ zu erstellen. Darin zeigt er verschiedene Wege auf und erörtert seine Vor- und Nachteile. Wichtig ist, dass durch einen Rückzug des Staates die Wachstums- und Innovationsdynamik des Finanzsektors erhalten bleibt und die Steuerzahler vor weiteren Risiken geschützt werden.

In der Sozialen Marktwirtschaft muss gelten: Unternehmen und Banken gehören in private Hand. Eigentümer müssen aber gleichfalls für Risiko und Verluste selbst haften. Um diese Grundsätze zu realisieren, muss die Politik noch einige Weichen richtig stellen. Auf diesem Weg wollen wir sie konstruktiv unterstützen.

Dr. H. Piller

INHALT

Vorwort	4
<hr/>	
1. Banken in Deutschland: in privater und staatlicher Hand	9
<hr/>	
2. Finanzkrise: Banken in staatlicher Hand	11
<hr/>	
3. Exitstrategie: zwei realistische Wege	12
<hr/>	
Publikationen / Impressum	18

1 BANKEN IN DEUTSCHLAND: IN PRIVATER UND STAATLICHER HAND

Die Studie befasst sich zunächst mit der Bedeutung eines privatwirtschaftlich organisierten Bankensektors. Durch Markt und Wettbewerb gesteuerte unternehmerische Tätigkeiten gewährleisten den effizienten Umgang mit knappen Ressourcen und die Entwicklung innovativer Dienstleistungsangebote. Aufgrund des in Deutschland nach wie vor bestehenden Drei-Säulen-Systems wird ein erheblicher Teil des hiesigen Bankensektors durch die öffentliche Hand kontrolliert und damit, zumindest teilweise, vor diesen wettbewerblichen Prozessen geschützt. Während in anderen europäischen Ländern ähnlich starre Strukturen in den dortigen Bankenmärkten aufgebrochen wurden, hat eine solche Entwicklung in Deutschland nicht stattgefunden. Die Rolle des Staates im Bankensektor hat sich in den letzten 20 Jahren nur unwesentlich verändert. Lediglich die Abschaffung der Gewährträgerhaftung für die Landesbanken hat dazu geführt, dass die Finanzierungsvorteile für diese Banken reduziert wurden und damit ein Teil der bestehenden Wettbewerbsverzerrung aufgelöst wurde.

Die Rolle des Staates im Bankensektor

In Deutschland hält die öffentliche Hand (ohne KfW) im Bankensektor einen Marktanteil zwischen 33 und 37 Prozent. Nimmt man die KfW, die Postbank, die HRE und die Commerzbank hinzu, liegt der Marktanteil inzwischen bei 45 bis 50 Prozent.

Durch Markt und Wettbewerb gesteuerte unternehmerische Tätigkeiten gewährleisten am besten den effizienten Umgang mit knappen Ressourcen. Studien zeigen, dass die privatwirtschaftliche Tätigkeit des Staates mit erheblichen moralischen Risiken verbunden und es unwahrscheinlich ist, dass gesellschaftliche Vorteile in Form von positiven Externalitäten eintreten.

Die Verluste der Landesbanken und anderer von der öffentlichen Hand kontrollierter Banken in der Finanzkrise zeigen auf, wie hoch diese Risiken sind und welcher massive Schaden dadurch für den Steuerzahler eintreten kann. Insoweit kann die Lehre aus der Finanzkrise nur sein, dass sich der Staat mittelfristig aus seinen Beteiligungen zurückzieht.

2 FINANZKRISE: BANKEN IN STAATLICHER HAND

Die Studie zeigt auf, dass die staatlichen Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanzmarktkrise dazu geführt haben, dass die Bedeutung des Staates als Unternehmer im Bankensektor sprunghaft angestiegen ist. Je nach Betrachtungsweise lässt sich sagen, dass die öffentliche Hand heute einen Marktanteil von mehr als 50 % kontrolliert. Um einer schleichenden Ausdehnung der staatlichen Einflussnahme im Bankensektor vorzubeugen, ist es entscheidend, dass der Bund und die Länderregierungen die im Finanzmarktstabilisierungsgesetz vorgesehene zeitliche Begrenzung der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen insoweit umsetzen, als bereits jetzt an einer Strategie, wie sich der Staat aus diesen Beteiligungen wieder zurückziehen kann, gearbeitet wird.

Großbanken	
fast alle in staatlicher Hand	
Bank	Status
Deutsche Bank	privat
Commerzbank	teilverstaatlicht (25 %)
Bayerische Hypo- und Vereinsbank	privat
Landesbank Baden-Württemberg	staatlich/öffentlich-rechtlich
DZ Bank	genossenschaftlich
Bayerische Landesbank	staatlich/öffentlich-rechtlich
Hypo Real Estate	vollverstaatlicht
KfW	staatlich/öffentlich-rechtlich
WestLB	staatlich/öffentlich-rechtlich
EuroHypo	teilverstaatlicht (25 %)
Norddeutsche Landesbank	staatlich/öffentlich-rechtlich
Postbank	privat
HSH Nordbank	staatlich/öffentlich-rechtlich
Landesbank Hessen-Thüringen	staatlich/öffentlich-rechtlich
NRW Bank	staatlich/öffentlich-rechtlich
Landesbank Berlin	staatlich/öffentlich-rechtlich
Deka Bank	staatlich/öffentlich-rechtlich
WGZ Bank	genossenschaftlich
Landwirtschaftliche Rentenbank	staatlich/öffentlich-rechtlich

Quelle: Bankenverband

Stützungsmaßnahmen für den deutschen Bankensektor

Im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes stellte der deutsche Gesetzgeber Kreditgarantien bis zu einer Höhe von 420 Mrd. Euro zur Verfügung, wovon bis Ende Juni 2010 152,6 Milliarden in Anspruch genommen wurden. Darüber hinaus ist es dem SoFFin möglich, Finanzinstitute mit Eigenkapital in Form von stillen Beteiligungen oder durch Aktienerwerb auszustatten. Für diese Rekapitalisierungs- sowie Risikoübernahmemaßnahmen stehen dem SoFFin insgesamt 80 Mrd. Euro zur Verfügung.

Maßnahmen auf Länderebene

Die Länder sind an den Rettungsmaßnahmen des Bundes insoweit beteiligt, als dass der Bund lediglich 65 % eines möglichen Defizits des SoFFin tragen muss. 35 % tragen die Länder – bis zu einer maximalen Zahlung von 7,7 Mrd. Euro. Abgesehen davon haben die Länder Kapitalzuführungen, Garantien und sonstige Risikoabschirmungen in Höhe von insgesamt 57,2 Mrd. Euro getätigt bzw. ausgesprochen.

3 EXITSTRATEGIE: ZWEI REALISTISCHE WEGE

Es ist zu beachten, dass für eine Exitstrategie unterschiedliche Alternativen infrage kommen. Die Studie zeigt, dass sich diese Alternativen aber im Wesentlichen auf zwei Exitwege reduzieren. Möglichkeit 1: die Veräußerung der Beteiligungen an eine größere Zahl von Investoren im Wege eines öffentlichen Angebots oder einer Privatplatzierung. Möglichkeit 2: Die Veräußerung an einen strategischen Investor oder Finanzinvestor. Beide Varianten bieten unter zeitlichen, finanziellen und strategischen Gesichtspunkten unterschiedliche Vor- und Nachteile. Allerdings ist dabei der Aspekt zu beachten, ob der Staat durch seine Exitentscheidung auch industriepolitischen Einfluss nehmen sollte. Wird dies verneint, so muss der Exit über ein ergebnisoffenes und diskriminierungsfreies Verfahren erfolgen. Ob dies dann am Ende zu einem Verkauf an Minderheitsinvestoren, an Finanzinvestoren oder an strategische Investoren führt, wird der Wettbewerb entscheiden.

Landesbanken privatisieren

Mit sieben Landesbanken ist der Landesbanksektor noch sehr zersplittert. Es ist unbestritten, dass eine Konsolidierung erhebliches Effizienzpotenzial in sich birgt. Auch das DIW fordert eine Bündelung dieser gemeinsamen Funktionen in eine bundesweit agierende Zentralbank der Sparkassen. In einem ersten Schritt wäre deswegen lediglich notwendig, dass man die der europäischen Kommission ohnehin schon versprochene Umstrukturierung der Landesbanken, insbesondere die Konzentration auf deren

Vier Exitwege für „private“ Banken

Der Ausstieg des Staates aus den echten Eigenkapitalbeteiligungen an den Banken kann auf unterschiedlichen Wegen eingeleitet werden:

1. Börslicher oder außerbörslicher Verkauf an Minderheitsinvestoren

Vorteil: eine politische Einflussnahme ist nicht möglich.

Nachteil: Unsicherheit über den erzielbaren Erlös.

2. Verkauf an einen oder mehrere Mehrheitsinvestoren

Vorteile: schnelle Umsetzung prinzipiell möglich, möglicherweise höherer Erlös.

Nachteil: Mögliche industriepolitische Einflussnahme bei Verkauf an strategischen Investor

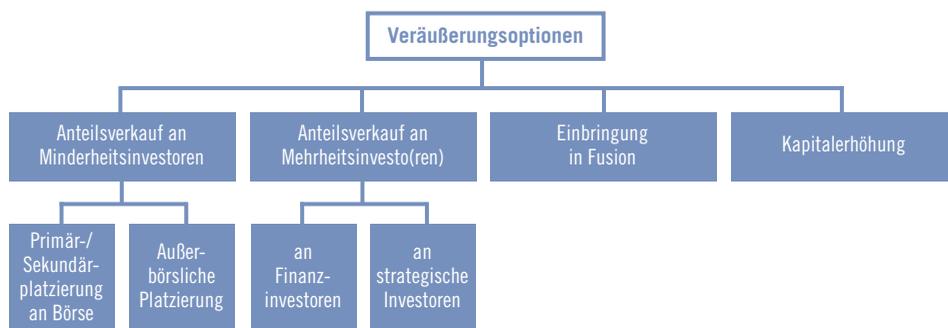
3. Einbringung der Anteile in eine Fusion

Nachteile: Staatseinfluss bliebe bestehen, lange Umsetzungsdauer

4. Verwässerung des Anteilbesitzes im Rahmen einer Kapitalerhöhung

Nachteile: Staatseinfluss bliebe bestehen, lange Umsetzungsdauer

Exit-Optionen: Vor- und Nachteile



Umsetzungsgeschwindigkeit	-	0	+	+	0	0
Erzielbarer Preis	-	-	0	+	+	0
Keine industriepolitische Einflussnahme	+	+	+	?	?	?

Kernkompetenzen, umsetzt. Danach wäre der Weg frei für eine Privatisierung. Wie sich diese Privatisierung auf die Struktur der deutschen Bankenlandschaft auswirken würde, könnte man durch einen diskriminierungsfreien und ergebnisoffenen Privatisierungsprozess dem Markt überlassen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie mit den Landesbanken weiter verfahren wird. Wie die Studie zeigt, ist aufgrund der Beihilfeauflagen der Europäischen Kommission davon auszugehen, dass es tatsächlich zu einem Rückzug der Länder als Haupteigentümer der Landesbanken kommt. Ob dies aber gleichbedeutend ist mit einem Rückzug des Staates aus dem Landesbankensektor, ist keineswegs geklärt. So hat das Privatisierungsverfahren der LBB gezeigt, dass auch Lösungen innerhalb des Sparkassensektors denkbar sind.

Auch eine Verwässerung der Anteile einzelner Bundesländer an ihren Landesbanken im Wege einer Fusion zwischen zwei oder mehreren Landesbanken wäre denkbar. In diesem Fall könnte natürlich nicht mehr von einer Privatisierung der Landesbanken gesprochen werden. Ebenso ist dann fraglich, inwieweit die anstehende, von der Europäischen Kommission erzwungene Restrukturierung des Landesbankensektors auch tatsächlich für die schon seit Langem geforderte Konsolidierung des hiesigen Bankensektors genutzt werden kann.



Auch in der Düsseldorfer Konzernzentrale der West LB stellt man sich die Frage: Bringt der Weg in die Privatisierung die Landesbanken wieder aus der Krise?

Direkte Kosten der Bankenrettung

Die Diskussion um die staatliche Einflussnahme im Bankensektor erhält durch die Finanzmarktkrise insoweit neue Nahrung, als sich die viel zitierten Risiken, die sich der Staat durch eine unternehmerische Betätigung im Bankensektor aufbürdet, durch die Krise materialisiert haben. Daher setzt sich die Studie auch mit der Frage auseinander, welche direkten Kosten voraussichtlich für den Steuerzahler durch die Bankenrettungspakete entstehen werden. Indirekte Kosten, die etwa durch negative konjunkturelle Effekte und dadurch notwendig gewordene Stabilisierungsmaßnahmen ausgelöst wurden, werden in der Studie nicht betrachtet.

Naturgemäß kann die Abschätzung dieser direkten Kosten aus heutiger Sicht nur sehr vorsichtig erfolgen, weil die Ergebnisse davon abhängen, wie sich die Märkte künftig entwickeln werden und welche Exitstrategien tatsächlich gewählt werden. Auf der Grundlage heutiger Informationen und unter Zugrundelegung historischer Bewertungsrelationen kommt die vorliegende Studie zu dem Ergebnis, dass eine plausible Spannbreite für diese direkten Kosten der Finanzmarktkrise zwischen 34 und 52 Mrd. Euro, also



Auf der Hauptversammlung der IKB hagelt es Kritik der Aktionäre. Die krisengeschüttelte Mittelstandsbank war als erste deutsche Bank in den Strudel der internationalen Finanzkrise geraten.

Schätzung der direkten fiskalischen Kosten der Finanzkrise

Mit den direkten Kosten werden nur jene Kosten für den Staat erfasst, die durch die Bankenrettung angefallen sind. Die Kosten der Konjunkturpakete, Steuerausfälle beim Staat, Umsatzeinbrüche bei Unternehmen etc. sind darin nicht enthalten. Zudem werden die fiskalischen Kosten ermittelt; Opportunitätskosten der Kapitalbindung für den Staat werden nicht beachtet.

Die Kosten für die IKB sind durch die Rettung bereits realisiert (soweit es nicht um Garantien geht) und können deshalb größtenteils genau beziffert werden. Die anderen Positionen sind Risikopositionen, die mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit geschätzt werden. Staatliche Garantien werden erst kostenwirksam, sobald Ausfälle bei den mit Garantien hinterlegten Krediten oder Wertpapieren entstehen.

Die Kosten für die Eigenkapitalbeteiligung ergeben sich aus den Differenzen von Einkaufs- und Verkaufspreisen der Eigenkapitalbeteiligung. Je nach Bewertungsmodell und Szenario kommt man hier zu unterschiedlichen Ergebnissen. Die Spannweite reicht von einem Verlust von 11,7 Mrd. Euro bis hin zu einem Gewinn von 2 Mrd. Euro.

Kosten für den Staat

	„Worst Case“	„Best Case“
IKB-Rettung (realisierte Kosten)	-9,6	-9,6
Garantiekosten (Schätzung)	-5,4	-2,5
Eigenkapital- beteiligung	-11,7	+2
Stille Einlagen	+0,6	+1,6
Gesamtbelastung Bund	-26,1	-8,5
Belastung der Länder	-25,7	-25,7
Gesamtbelastung der öffentlichen Haushalte	-51,8	-34,2

Rund zwei Drittel der Gesamtkosten entfallen auf die Rettung von Landesbanken, nämlich rund 22 bis 32 Milliarden Euro. Nimmt man die IKB hinzu, sind 80 % dieser Kosten den staatlich kontrollierten Banken zuzuordnen. Die Gesamtbelastung pro Einwohner beträgt zwischen 417 und 632 Euro bzw. 1,4 bis 2,2 % des BIP.

zwischen 1,4 und 2,2 % des BIP liegt. Mehr als 80 % dieser direkten Kosten sind voraussichtlich den bereits vor der Krise staatlich kontrollierten Banken zuzuordnen, also den Landesbanken und der IKB. Ob diese Risiken durch die Abschaffung der Gewährträgerhaftung deutlich reduziert worden sind, ist durchaus fragwürdig. Zwar gibt es für die seit dem 18. Juli 2005 aufgenommenen Verbindlichkeiten keine explizite Haftung durch den Gewährträger mehr; ob damit der staatliche Eigentümer auch aus der faktischen Haftung für seine Banken entlassen ist, ist aber keineswegs gesichert. Nicht nur deshalb wäre eine rasche Umsetzung einer konsequenten Exitstrategie, insbesondere auch im Bereich der Landesbanken, wünschenswert.

WEITERE INFORMATIONEN ZUR STUDIE

Die vorliegende Broschüre fasst die Ergebnisse der umfangreichen Studie zusammen. Diese beinhaltet neben einer ausführlichen, allgemeinen Analyse der Bankensituation und der Rettungsmaßnahmen des Staates auch die spezifische Lage einzelner Bankinstitute und Landesbanken. Die von Prof. Dr. Christoph Kaserer entwickelten Strategien für einen Ausstieg des Staates aus dem Bankensektor orientieren sich demnach auch an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Geschäfts- und der Landesbanken. Der vollständige Text der Studie „Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten“ steht auf der INSM-Homepage unter www.insm.de zum Download bereit.

Auf der gegenüberliegenden Seite gibt das Inhaltsverzeichnis einen Überblick über die gesamte Studie.

Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten.

Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie.

Eine Studie von Prof. Dr. Christoph Kaserer, TU München, 80 Seiten,
im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

INHALT DER GESAMTEN STUDIE

1. Einleitung

2. Die Rolle des Staates im Bankensektor

- 2.1 Die Verschiebung der Marktanteile durch die Finanzmarktkrise
 - 2.2 Die Bedeutung eines marktwirtschaftlich organisierten Bankensektors
-

3. Rettungs- und Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung

- 3.1 Stützungsmaßnahmen für den deutschen Bankensektor
 - 3.1.1 Maßnahmen der EZB
 - 3.1.2 Maßnahmen des Bundes
 - 3.2 Fallbezogene Darstellung der Rettungsmaßnahmen
 - 3.2.1 Hypo Real Estate
 - 3.2.2 Commerzbank
 - 3.3 Maßnahmen auf Länderebene
 - 3.3.1 Der Fall der BayernLB
 - 3.3.2 Der Fall der WestLB
 - 3.4 Weitere Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung
-

4. Exitstrategien und die Kosten der Finanzmarktkrise

- 4.1 Exitstrategien im privaten Bankensektor
 - 4.2 Konsolidierung des Landesbankensektors
 - 4.3 Mögliche Exitszenarien im Bankensektor
 - 4.3.1 Anteilsverkauf an Minderheitsinvestoren
 - 4.3.2 Anteilsverkauf an Mehrheitsinvestoren
 - 4.3.3 Fusion und Kapitalerhöhungen
 - 4.3.4 Zusammenfassende Würdigung der Exitstrategien
 - 4.4 Bewertungsszenarien bei Privatisierungen
 - 4.5 Schätzung der direkten Kosten der Finanzmarktkrise
-

5. Zusammenfassung und Ausblick

6. Literatur

Download
www.insm.de

BISHERIGE PUBLIKATIONEN



Texte zur Sozialen Marktwirtschaft

Heft 1, August 2010

Prof. Dr. Andreas Freytag

Was ist neu an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft?

Eine Agenda



Prof. Dr. Rolf Peffekoven

Zur Reform der Mehrwertsteuer

Zurück zu einer generellen
Konsumbesteuerung



Weitere Publikationen und Studien unter

www.insm.de

IMPRESSUM

Autor der Studie „Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten“

Prof. Dr. Christoph Kaserer

Herausgeber:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – INSM GmbH

Georgenstraße 22

10117 Berlin

Geschäftsführer:

Hubertus Pellengahr

Projektleitung:

Marco Mendorf, Marc Feist

Kontaktaufnahme:

Telefon: 030 / 27877 - 171

Telefax: 030 / 27877 - 181

E-Mail: info@insm.de

Grafische Gestaltung: Serviceplan Public Opinion GmbH & Co. KG, Berlin

Druck: Druckzone GmbH, Cottbus

Stand: August 2010

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.





Christoph Kaserer

Prof. Dr. Christoph Kaserer ist Ordinarius und Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzmanagement und Kapitalmärkte, an der Technischen Universität München (TUM), sowie Co-Direktor des Center for Entrepreneurial and Financial Studies (CEFS). Seit Oktober 2005 ist er zudem Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der TUM. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Fragestellungen aus dem Bereich der empirischen Kapitalmarktforschung, des Risiko- und Portfoliomanagements, der Unternehmensbewertung und der Finanzintermediation.

Prof. Kaserer ist auch als Sachverständiger für Unternehmen und die öffentliche Hand tätig. Im Jahr 2005 wurde er mit dem Initiativpreis der Stiftung Industrieforschung ausgezeichnet. Er ist zudem als Experte für die European Venture Capital and Private Equity Association (EVCA) und die Europäische Kommission im Bereich Private Equity und Kapitalmärkte tätig. Für die Bundesregierung hat er 2006/2007 eine Expertengruppe geleitet, welche Vorschläge für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Private Equity in Deutschland entwickelt hat.

Vor seiner Tätigkeit an der TUM war er ordentlicher Professor für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzmanagement und Rechnungswesen, an der Université de Fribourg, Schweiz. Nach einem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien promovierte und habilitierte er sich an der Universität Würzburg.